

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode Oktober 2012

Abgeordneten-Büro Berlin:
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Erfolgsgeschichte der EU mit Friedensnobelpreis geehrt

Seit über 65 Jahren herrscht in Europa Frieden. Aus Feinden, entzweit durch zahlreiche Kriege, wurden enge Partner und gute Freunde. Heute unterhalten wir Deutschen mit all unseren Nachbarstaaten enge wirtschaftliche und politische Beziehungen. Diese multilateralen Partnerschaften sowie die Idee eines gemeinsamen Europas sind die Grundlagen für jahrzehntelangen, stabilen Frieden. Denn wir teilen nicht nur einen Kontinent, sondern auch eine Wertegemeinschaft mit gemeinsamem Menschenbild.

Diese Einheit Europas wurde nun gewürdigt: Die Europäische Union wurde mit dem Friedensnobelpreis 2012 ausgezeichnet. Der Preis wird einmal jährlich in Oslo verliehen und gilt als eine der wichtigsten Auszeichnungen der Welt. In der Begründung heißt es zur Entscheidung des Komitees: „Die Union und ihre Vorgänger haben über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung beigetragen.“



Quelle: Koch, CDU/CSU

Gerade in Zeiten der schweren Währungs- und Schuldenkrise ist der Friedensnobelpreis ein starkes Signal und zugleich eine Aufforderung, den Wert eines geeinten Europas nicht aus den Augen zu verlieren und den Friedensauftrag, den die EU seit vielen Jahren so erfolgreich erfüllt, zu würdigen.

Die CDU ist Deutschlands Europapartei. Sie hat von Beginn an die europäische Idee vorangetrieben. Bereits unter Konrad Adenauer wur-

den die Weichen zur Europäischen Einigung gestellt. Bis heute hat unsere Politik die EU gestärkt und gefestigt und auch heute, in Zeiten der Krise, sprechen wir uns klar für Europa aus. Die Lösung unserer Probleme findet sich auf europäischer Ebene; nur gemeinsam können wir unsere wirtschaftlichen und politischen Ziele erreichen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel freute sich über die Entscheidung und bezeichnete sie als „wunderbar“. Besonders jetzt, da sich Europa seiner „größten Bewährungsprobe“ gegenübersehe, solle der Nobelpreis für alle Beteiligten ein Ansporn sein, sich dieser Bewährungsprobe zu stellen.

Die Europäische Union ist eine einzigartige Errungenschaft, die uns seit vielen Jahrzehnten Sicherheit, Frieden, Stabilität und ein Leben in Wohlstand garantiert. Dafür lohnt es sich, mit aller Kraft und größtem Einsatz zu kämpfen. Der Friedensnobelpreis, über den sich 500 Millionen ausgezeichnete Bürger freuen dürfen, soll uns stets daran erinnern.

AUS DEM PLENUM

Kennzeichnung von Weinen aus besonderen Lagen verbessert

Baden-Württemberg ist ein bedeutendes Weinland. Unsere Winzer in Baden und in Württemberg keltern in liebevoller Handarbeit die besten Weine Deutschlands. Auch weit über die Landesgrenzen hinaus sind die hervorragenden Rebsäfte gefragt – immer mehr Weingüter und Genossenschaften exportieren ihre Produkte in verschiedenste Länder.

Nun hat die Bundesregierung eine Änderung des Weingesetzes beschlossen, die die Kennzeichnung hochwertiger und besonderer Weine ermöglicht. Mit der Änderung soll die Möglichkeit gegeben werden, Weine aus besonde-

ren geographischen Lagen wie zum Beispiel Einzel- oder Steilhängen in Zukunft eindeutig kennzeichnen zu können, um somit deren Exklusivität stärker hervorzuheben. Regionale Besonderheiten des Weinbaus können so noch besser berücksichtigt werden.

Die Weinwirtschaft und alle Wein anbauenden Länder begrüßten diesen Schritt ausdrücklich.



Auch die Winzer im Kreis Heilbronn profitieren von der neuen Regelung. Thomas Strobl hilft bei der Weinlese; der Lemberger 2012 handverlesen wird ein sensationeller Jahrgang. Quelle: Website.

Umsatzsteuer für Musiklehrer und Galeristen vom Tisch

Mit Blick auf die geplante Umsatzsteuernovelle und eine mögliche Umsatzsteuerpflicht für private Musik-, Tanz- und Ballettschulen konnte diese Woche Entwarnung gegeben werden: An der Umsatzsteuerbefreiung werden keine Änderungen vorgenommen!

Das Gleiche gilt für Galeristen: Da der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Kunstgegenstände (7%) den deutschen Kunsthändlern einen Vorteil im EU-Binnenmarkt verschafft, ist die Bun-

desregierung nun verpflichtet, diesen anzuheben. Der Schaden, der den Museen, Künstlern und den Galeristen dadurch entsteht, wird nun über eine andere Besteuerungsweise ausgeglichen: Die Kunsthändler werden die EU-Regelung finanziell nicht zu spüren bekommen.

Gemeinsam mit den Kulturpolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte sich Thomas Strobl dafür eingesetzt, dass die bewährten Regelungen für private Bildungsanbieter sowie der niedrige Steuersatz für Kunstgegenstände beibehalten werden.

KURZNACHRICHTEN

Kongress: Starke Kommunen – starkes Land

Hochkarätig besetzt und mit großem Publikum veranstaltete die CDU/CSU Bundestagsfraktion am Mittwoch einen Kongress unter dem Motto „Starke Kommunen – starkes Land“. Dreieinhalb Stunden lang wurde von Vertretern der Deutschen Kommunalpolitik über die finanzielle, demografische und sicherheitspolitische Lage der Kommunen in Deutschland referiert und diskutiert. Die kommunalen Haushalte seien zwar als Folge der Politik der schwarz-gelben Koalition mit 2,5 Milliarden Euro im Überschuss, leitete Peter Götz, MdB und Vorsitzender der AG Kommunalpolitik, ein, es gäbe jedoch immer noch „enorme regionale Unterschiede“. Am wichtigsten sei, betonte auch Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, die kommunalen Haushaltslöcher zu stopfen und den ländlichen Raum in Bezug auf Bildung, Gesundheit, Telekommunikation, Kultur, Familie und Verkehr „qualitativ aufzuwerten“, um der drohenden „Landflucht“ entgegenzuwirken.

Weniger Probleme hätten süddeutsche Städte und Kommunen, betonte Stuttgarts Oberbür-

germeister Dr. Schuster, der ebenfalls zum Kongress gekommen war. Stuttgart vor allem habe „faktische keine Schulden“. Auch Gerda Hasselfeldt, MdB und Fraktionsvorsitzende der CSU, betont, wie wichtig es für den Bund sei, die Kommunen in ihren Aufgaben zu unterstützen und ihnen vor allem „finanzielle Freiräume“ zu gewährleisten. Bürgerbeteiligung und das Vertrauen in die Kommunalpolitik, in Verbindung mit der nötigen Unterstützung des Bundes für die Kommunen, sollen ein starkes, föderalistisches Deutschland bilden.

Bundesumweltminister Peter Altmaier beim Mittelstandsdialog Energiepolitik

Ausführlich und detailliert stellte Bundesumweltminister Peter Altmaier letzten Freitag seine Sicht auf die Fortschritte und Probleme bei der Energiewende dar. Im Lapp Center in Stuttgart-Vaihingen sprach Peter Altmaier vor Vertretern des Mittelstands sowie Mitgliedern der Baden-Württemberger CDU, darunter auch dem Landesvorsitzenden Thomas Strobl, über Herausforderungen und Chancen der Energiewende.



Mit dem Bundesumweltminister hat die Regierung einen Mann, der Probleme ehrlich benennt und nicht vor einer klaren Analyse zurückschreckt. Quelle: Lapp-Center Stuttgart.

v.i.S.d.P.: **Antonia Ritter**, Büroleiterin
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
Dieser Newsletter lässt sich jederzeit mit einer kurzen E-Mail an thomas.strobl@bundestag.de abbestellen.